

# Positionen der Ernährungsindustrie zur Europawahl 2014

## 1. Europa festigen - Binnenmarkt vollenden

Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Regelungswut im Klein-Klein haben zu einer Vertrauens- und Akzeptanzkrise eines gemeinsamen Europas geführt. Die europäischen Institutionen müssen sich deshalb stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und auf die Bereiche beschränken, die tatsächlich einer Regelung auf EU-Ebene bedürfen. Entscheidungen, die besser vor Ort getroffen werden, müssen diesen Ebenen überlassen bleiben. Die Ernährungsindustrie als größter Industrie-

zweig in Europa steht zu einer wirtschaftlich und politisch starken Union. Die Vollendung des Binnenmarktes und einheitliche EU-Regeln sind dafür unabdingbare Voraussetzungen. Dabei gehen bei der Umsetzung von EU-Vorgaben in den Mitgliedstaaten sowohl das Überschreiten als auch das nicht zulässige Unterschreiten der EU-Regelungen zu Lasten der Unternehmen.

## 2. Wettbewerbsfähigkeit stärken

Nach Jahren der wirtschaftlichen Krise muss der Schwerpunkt der EU-Politik auf einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft liegen. Mehr Wachstum und Beschäftigung kann dabei nur mit einer starken Industrie und einer stabilen Währung gelingen. Wir fordern die EU deshalb auf, alle Politikbereiche hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu überprüfen und entsprechend anzupassen. Im Fokus müssen dabei besonders die Bedürfnisse kleiner und mittelständischer Unternehmen stehen. Eine klare Absage ist

gesetzlichen Quoten zur Erwerbsbeteiligung, missbrauchsanfälligen Sammelklagebefugnissen, neuen Berichtspflichten zu Sozial- und Umweltbelangen sowie kostenpflichtigen Betriebskontrollen; Produktkennzeichnungsvorschriften, die keinen Mehrwert bieten aber zu einem erheblichen Aufwand in den Unternehmen führen, lehnen wir ebenso ab. Die Innovationstätigkeit der Unternehmen sollte durch eine geeignete Forschungs- und Entwicklungsförderung unterstützt werden.

## 3. Keine Überregulierung in der Umwelt- und Klimapolitik

Die EU nimmt eine Vorreiterrolle beim Umwelt- und Klimaschutz ein. Die Unternehmen der Ernährungsindustrie tragen durch schonenden Ressourceneinsatz, verbesserte Energieeffizienz, Recycling und Abfallminimierung einen wichtigen Teil zur Erreichung der ehrgeizigen Politikziele bei. Eine weitere Verschärfung der EU-Umwelt- und Klimapolitik lehnen wir hingegen ab, da sie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der

Unternehmen gefährdet und insbesondere für kleine Betriebe oft mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand in der Praxis verbunden ist. Wir fordern die EU auf, zunächst die bestehenden Umwelt- und Klimaschutzvorgaben einheitlich in allen EU-Mitgliedstaaten umzusetzen. Langfristige Umwelt- und Klimaziele sollten international abgestimmt und vereinbart werden.

#### **4. Verlässliche und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten**

Energie ist für die Lebensmittelproduktion unabdingbar und muss trotz deutscher Energiewende sicher verfügbar und bezahlbar sein. Die Energiekostenbelastung hat in Europa – bedingt durch Steuern und Abgaben – in den vergangenen Jahren kontinuierlich gegenüber internationalen Wettbewerbern zugenommen. Die

Schaffung eines Energiebinnenmarktes, positive Anreize für mehr Energieeffizienz und Ausgleichsmaßnahmen für energieintensive Unternehmen sind deshalb notwendige Maßnahmen, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Europa zu erhalten.

#### **5. Fracking in Wassergewinnungsgebieten ausschließen**

Unbelastetes Wasser ist eine wichtige Voraussetzung für die Herstellung von hochwertigen Nahrungsmitteln und Getränken. Den mit der „Fracking-Technologie“ zur Erschließung unkonventioneller Erdgasvorkommen verbundenen Umweltrisiken, die insbesondere das Grundwasser betreffen, muss Rechnung getragen werden. Den Einsatz von wasser- und gesundheitsgefähr-

denden Stoffen lehnen wir ab. In besonders sensiblen Gebieten, wie zum Beispiel Wassergewinnungsgebieten der öffentlichen Trinkwasserversorgung, in Heilquellenschutzgebieten sowie im Einzugsgebiet von Mineralwasservorkommen ist „Fracking“ generell auszuschließen.

#### **6. Auslandsgeschäft fördern**

Jeder dritte Euro wird in der Ernährungsindustrie im Export erwirtschaftet. Das Auslandsgeschäft bietet der Branche langfristig Absatz- und Wachstumsmöglichkeiten. Wir fordern deshalb, den Unternehmen durch einen funktionierenden Binnenmarkt sowie multi- und bilaterale Freihandelsabkommen, wie zum Beispiel mit den USA und Japan, neue Marktchancen zu eröffnen. Diese Verhandlungen müssen transparent für die Be-

teiligten sein und dürfen nicht zu einem Unterlaufen europäischer Standards führen. Wichtig ist zudem, dass die Umsetzung von Handelsabkommen und Zollvereinbarungen wirksam und praxistauglich erfolgt und nicht zu einer Verkomplizierung bei der Zollabwicklung führt. Insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen würde sich dadurch die internationale Wettbewerbsposition verschlechtern.

#### **7. Rohstoffverfügbarkeit sichern**

Die Ernährungsindustrie verarbeitet rund 80 Prozent der landwirtschaftlichen Rohstoffe zu hochwertigen Lebensmitteln. Die Branche ist entscheidend auf eine sichere Rohstoffverfügbarkeit angewiesen. Vor dem Hintergrund der weltweit steigenden Nachfrage nach Lebensmitteln darf die EU-Agrarpolitik daher nicht zu Produktionseinschränkungen führen, sondern muss die Potenziale der heimischen Agrarwirtschaft nutzen. Die energetische Nutzung nachwachsender Rohstoffe darf nicht zu Lasten der Lebensmittelproduktion gehen; dies sollte im Rahmen einer Bioökonomiestrategie geregelt werden. Im Zuge der Internationalisierung

der Rohstoffströme ist zudem eine praxisgerechte Lösung für den Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen notwendig. Vor dem Hintergrund zunehmender Rohstoffpreisschwankungen sind eine höhere Markttransparenz und Warentermingeschäfte zur Preisabsicherung notwendig. Wir fordern deshalb, dass dieses Instrument gestärkt wird und keine Überregulierung des Derivatsektors stattfindet. In diesem Zusammenhang lehnen wir eine Finanztransaktionssteuer, die in der derzeitigen Ausgestaltung auch die Realwirtschaft belasten würde, ab.

## 8. Wettbewerb fair gestalten

Der Wettbewerb im Lebensmittelmarkt ist so intensiv wie in kaum einer anderen Branche. Die überwiegend kleinen und mittelständischen Unternehmen der Ernährungsindustrie stehen einem stark konzentrierten Lebensmitteleinzelhandel gegenüber. Wir begrüßen deshalb, dass sich die EU mit der Funktionsweise des Lebensmittelmarktes intensiv befasst und auf die Ein-

haltung fairer Geschäftspraktiken drängt. Zahlreiche Unternehmen der europäischen Lebensmittelbranche haben sich öffentlich zur Einhaltung fairer Geschäftspraktiken verpflichtet. Wir ziehen eine erfolgreiche Branchenselbstverpflichtung gesetzgeberischen Maßnahmen vor und lehnen Eingriffe in die Vertragsfreiheit der Unternehmen ab.

## 9. Keine Steuer- und Abgabenerhöhungen bei Lebensmitteln

Lebensmittel erfüllen ein existenzielles Grundbedürfnis. Auch zukünftig müssen für alle Bevölkerungs- und Einkommensgruppen qualitativ hochwertige und sichere Lebensmittel zu angemessenen Preisen verfügbar sein. Steuererhöhungen bei Lebensmitteln würden die ohnehin angespannte Ertragslage der überwiegend kleinen und mittelständischen Unternehmen der Er-

nährungsindustrie weiter schwächen und die Verbraucher – vor allem einkommensschwache Bevölkerungsgruppen und Familien mit Kindern – erheblich belasten. Wir fordern die Politik deshalb auf, Mehrwertsteuererhöhungen bei Lebensmitteln und speziellen Lebensmittelverbrauchssteuern eine klare Absage zu erteilen.

## 10. Keine Bevormundung der Verbraucher

Verbraucher sorgen durch ihre individuelle Kaufentscheidung für ein vielfältiges, zu den eigenen Bedürfnissen passendes Lebensmittelangebot. Bei der Vielfältigkeit unserer Gesellschaft muss das Leitbild in der Verbraucherpolitik deshalb lauten: Verbraucher handeln selbstbestimmt. Dazu bedarf es der Information und Bildung. Maßnahmen, die den Konsum dirigistisch

lenken, den Verbraucher bevormunden oder den Unternehmen neue und aufwändige Kennzeichnungs- und Informationspflichten ohne erkennbaren Mehrwert für die Verbraucher auferlegen, lehnen wir ab. Eingriffe in die Entscheidungsfreiheit der Verbraucher sind aus unserer Sicht nur dann vertretbar, wenn sie wissenschaftlich fundiert und verhältnismäßig sind.

### Über uns:

Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e.V. ist der wirtschaftspolitische Spitzenverband der deutschen Lebensmittelhersteller. Sie vertritt die Interessen der mit 555.000 Beschäftigten viertgrößten Industriebranche in Deutschland gegenüber Politik, Öffentlichkeit und Marktpartnern.

### Kontakt:

Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V. - Büro Brüssel  
Avenue des Nerviens 9-31 | B-1040 Brüssel | Tel +49 (0) 30 200786-154 | +32-2-500 87 59  
Fax +49 (0) 30 200786-254 | [tandres@bve-online.de](mailto:tandres@bve-online.de) | [www.bve-online.de](http://www.bve-online.de)